



Unis öffnen

Rund 2,8 Millionen Studierende waren im vergangenen Jahr an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Unter ihnen sind immer weniger Kinder aus Arbeiter- und Erwerbslosenhaushalten. Die Bildungsprivilegien sind wieder intakt.

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 26. OKTOBER 2016 · NR. 250 · 1,50 EURO (DE), 1,70 EURO (AT), 2,20 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Wissenschaftsfreiheit

»Berufsverbote führen zu Duckmäusertum.« Interview mit Kerem Schamberger

2

Friedensinitiative

Hoffnung auf Veränderung: Die Gemeinsame Liste in Israel. Von Carmela Negrete

3

Gegnerschaft

Das Nein zweier Regionen zu CETA spaltet die belgische Gesellschaft. Von Gerrit Hoekman

9

Marktmacht

Mit dem Kauf von Monsanto steigt Bayer zum größten Agrarunternehmen der Welt auf

12

Jeder Schuss ein Plus



PICTURE ALLIANCE/OLIVIER BAUMGARTEN (M)

Rüstungsexportbericht der Bundesregierung: Deutsche Konzerne verzehnfachen Erlöse bei Ausfuhr von Munition. Türkei und Saudi-Arabien unter wichtigsten Abnehmern. **Von Susan Bonath**

Das Morden mit deutschen Waffen beschert den Rüstungskonzernen wachsende Profite. Laut einem am Dienstag bekanntgewordenen Bericht von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat die Bundesregierung im ersten Halbjahr 2016 Rüstungsexporte mit einem Gesamtwert von mehr als vier Milliarden Euro genehmigt. Das ist gut eine halbe Milliarde mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Alleine das Volumen der Ausfuhr von Munition für Kleinwaffen, wie Maschinepistolen, stieg demnach auf mehr als das Zehnfache von 27 auf rund 284 Millionen Euro. Damit werden weltweit in Kriegen die meisten Zivilisten getötet. Am heutigen Mittwoch will das Bundeskabinett über das Papier beraten.

Größter Posten war laut Bericht eine Fregatte für Algerien für eine halbe Milliarde Euro. Damit führt das nordafrikanische Land die Liste

an, direkt gefolgt von den USA. Zu einem der zehn wichtigsten Abnehmer deutschen Kriegsgeräts ist die Türkei aufgestiegen. Sie rückte seit 2014 von Rang 25 auf den achten Platz vor – zwischen Januar und Juni dieses Jahres kaufte sie deutschen Konzernen Kriegsgerät im Wert von 76,4 Millionen Euro ab. Zu zwei Dritteln handele es sich dabei um Teile und Triebwerke für Kampfflugzeuge, Drohnen und Bodenfahrzeuge.

Den siebten Platz belegten die Arabischen Emirate. Sie bescherten der deutschen Kriegswirtschaft einen Umsatz von 85 Millionen Euro, doppelt soviel wie im Vorjahr, und rückten damit von Rang 13 auf. Saudi-Arabien bleibt derweil an dritter Stelle. Der Gesamtwert der Lieferungen in das islamische Königreich kletterte binnen Jahresfrist auf 484 Millionen Euro, womit er sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdreifachte. Vor allem Kampfhub-

schrauber und -flugzeuge gingen an das saudi-arabische Regime, dem vorgeworfen wird, den IS und IS-nahe Kampfgruppen zu unterstützen.

Auch in anderen Konflikte werden deutsche Waffen eingesetzt. So belege Südkorea den vierten Platz auf der Skala. Das Land, das sich angeblich »vor dem kommunistischen Norden schützen« müsse, importierte laut Bericht vor allem Kampfschiffe, U-Boot-Teile, Raketen und -abwehrsysteme sowie Teile für Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge im Gesamtwert von 205 Millionen Euro. Weitere wichtige Bestimmungsländer für deutsche Waffen waren Polen, Frankreich und der Irak.

Bereits 2015 war das Jahresvolumen deutscher Kriegsexporte um mehr als eine Milliarde auf knapp 7,9 Milliarden Euro gestiegen. SPD-Minister Gabriel wurde deshalb vielfach kritisiert. Da wundert es nicht, dass er eine geheim arbeitende Re-

gierungskommission ins Leben gerufen hat, die mit Vertretern seines Wirtschaftsressorts besetzt sein und ein neues Rüstungsexportrecht erarbeiten soll, was vorige Woche bekanntgeworden war. Bereits bei ihrem ersten Treffen am 7. Oktober hatte sie nicht öffentlich beraten, einen Abschlussbericht soll es nicht geben.

Gabriel habe die größte Zunahme der Waffenexporte in der Geschichte der Bundesrepublik zu verantworten, kritisierte der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Jan van Aken. Hinzu komme, dass der Bericht keine Sammelausfuhrgenehmigungen berücksichtige. »Diese machen noch mal ein bis zwei Milliarden Euro aus.« Beunruhigend seien wachsende Exporte in die Türkei und nach Saudi-Arabien. Erstere riskiere derzeit im Irak eine militärische Eskalation. »Und Saudi-Arabien führt einen brutalen Krieg im Jemen«, so van Aken. Hier mache sich die Bundesregierung mitschuldig.

Venezuela: Vatikan will vermitteln

Caracas. Der Vatikan will zwischen der sozialistischen Regierung Venezuelas und der rechten Opposition vermitteln. Die Gespräche würden am Sonntag beginnen, teilte der Gesandte des Vatikans, Emil Paul Tscherrig, in Caracas mit. Präsident Nicolás Maduro, der am Montag in Rom von Papst Franziskus empfangen worden war, begrüßte die Einigung auf einen Dialog. Dagegen bestritt die Opposition, dass sie in einen Dialog mit der Regierung eintreten wolle. Eine solche Vereinbarung sei niemals getroffen worden, teilte das Rechtsbündnis MUD am Montag (Ortszeit) mit.

Unterdessen meldete der staatliche Erdölkonzern PDVSA, dass er einen Teil seiner fälligen Anleihen in längerfristige Bonds umtauschen und damit sonst bereits jetzt fällige Rückzahlungen in Höhe von 2,8 Milliarden US-Dollar bis in das Jahr 2020 verschieben konnte. (dpa/AFP/JW)

Schröder strebt nach schneller Schlichtung



Düsseldorf/Berlin. Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (Foto) strebt Insidern zufolge eine rasche Beilegung des Streits um die Zukunft der defizitären Supermarktkette Kaiser's-Tengelmann an. Das Schlichtungsverfahren unter Schröder solle bald Ergebnisse bringen, sagten mehrere mit dem Vorgang vertraute Personen am Dienstag der Nachrichtenagentur Reuters. Schröder wollte noch im Laufe des Tages erste Gespräche aufnehmen.

Sprecher der beteiligten Unternehmen wollten sich nicht dazu äußern. Edeka, Tengelmann und Rewe hatten sich auf Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und ver.di-Chef Frank Bsirske auf Schröder als Schlichter verständigt. (Reuters/JW)

Systematische Folter in der Türkei

Ankara nutzt Notstand als Vorwand für Entrechtung Gefangener. Linke kritisiert Bundesregierung

Seit der Verhängung des Ausnahmezustands in der Türkei foltert die türkische Polizei nach Angaben von Human Rights Watch (HRW) systematisch Gefangene. In einem am Dienstag veröffentlichten Bericht dokumentiert die Menschenrechtsorganisation 13 Fälle von Menschen, die in Haft durch »Stresspositionen«, Schlafentzug, Schläge und sexuellen Missbrauch gefoltert wurden. Die Organisation forderte, die mit dem Notstand ausgesetzten Vorschriften zum Schutz Gefangener sofort wieder in Kraft zu setzen. »Das völkerrechtliche Folterverbot ist

absolut und darf auch in Kriegs- und Notstandszeiten nicht eingeschränkt werden«, erklärte HRW.

Nach HRW-Angaben wurde seit dem Putschversuch Mitte Juli mit dem geltenden Notstand die maximal mögliche Haftzeit bis zur richterlichen Prüfung von vier auf 30 Tage erhöht. Zudem könne Gefangenen bis zu fünf Tagen jeglicher Kontakt zu einem Rechtsbeistand verwehrt werden. Auch ihren Verteidiger könnten sie nicht immer frei wählen, und das Recht auf vertrauliche Anwaltsgespräche werde ebenfalls eingeschränkt.

Von Mitte Juli bis Ende September wurden nach offiziellen Angaben rund 32.000 Menschen festgenommen. Unter ihnen seien Anhänger des im Exil lebenden Predigers Fethullah Gülen, linke Aktivisten sowie mutmaßliche Mitglieder der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Für ihren Untersuchungsbericht befragte die Organisation nach eigenen Angaben mehr als 40 Anwälte, Menschenrechtsaktivisten, ehemalige Gefangene, medizinisches Personal und Gerichtsmediziner.

Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, forderte

die Bundesregierung in einer Erklärung am Dienstag auf, Konsequenzen aus dem Report zu ziehen. »Jede weitere Polizei- und Waffenhilfe für die Türkei wäre verbrecherisch und muss gestoppt werden. Der UN-Sonderberichterstatter für Folter muss umgehend Zugang in die türkischen Gefängnisse erhalten«, heißt es dort. Dagdelen kritisierte zudem die Zunahme deutscher Waffenexporte in die Türkei. »Damit«, so die Abgeordnete, »wird klar, dass Erdogan seinen schmutzigen Krieg gegen die Kurden auch mit deutschen Waffen führt.« (AFP/JW)

jW wird herausgegeben von 1.881 Genossinnen und Genossen (Stand 14.10.2016)
 www.jungewelt.de/lpg

